Einzelpreis 20 Pfg. · 3. Jahrgang · Mittwoch, 1. Dezember 1920 · Nummer 509 · Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8a.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 5,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4640, 4921

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die kommunale Krise

Anläßlich des Rücktritts des Oberbürgermeisters Wermuth sprach die bürgerliche Presse von der schweren kommunalen Krise der neuen Stadtgemeinde Berlin. Diese Behauptung ist richtig, und so schmerzlich es ist, sie zugeben zu müssen, so sind wir doch der Meinung, es hat keinen Zweck, diese offensichtliche Tatsache verschleiern zu wollen. Sie ist letzten Endes das Ergebnis der Zersplitterung der sozialistischen Arbeiterschaft, deren Früchte nun die Reaktion einheimst.

Bei den Wahlen am 20. Juni standen sich nur zwei sozialistische Parteien gegenüber, die eine Mehrheit der Wähler auf ihre Seite brachten. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei wurde doppelt so stark als die rechtssozialistische. Sie konnte deshalb erwarten, großen Einfluß auf die Haltung der Rechtssozialisten in der Gemeinde und auf die gesamte Verwaltung der Stadt ausüben zu können. Diese Erwartung ging auch in Erfüllung. Es wurde durch das Zusammengehen von Unabhängigen mit den Rechtssozialisten verhindert, daß diejenigen Bestrebungen in der S. P. D., die auf Anschluß an das Bürgertum abzielten (Heilmann, Scheidemann) Erfolg hatten.

Als aber die inneren Auseinandersetzungen in der U. S. P. begannen und deutlich anzeigten, daß die Partei in kurzer Zeit zerrissen sein werde, dadurch an Einfluß auf die Massen verliere und in der Zahl ihrer Vertreter in der Gemeinde zurückgehe, gewann die dem Zusammengehen der sozialistischen Fraktionen in der Stadt abgeneigte Richtung der S. P. D. an Einfluß. Das fand seinen äußeren Ausdruck in dem halb duldenden Gewährenlassen der bürgerlichen Parteien in der Preußischen Landesversammlung, als sie die Verschlechterung des Gesetzes über die neue Stadtgemeinde Berlin beschlossen.

Wir wissen uns frei von einer Ueberschätzung der Machtposition, die das Proletariat innehat, wenn es die Verwaltung der neuen Stadtgemeinde beherrscht. Die Wirksamkeit der proletarischen Vertreter ist begrenzt durch die Gesetze des Reiches und des Staates. Und solange hier bürgerliche Mehrheiten bestehen, wird jede wirklich sozialistische Maßnahme stets den entschiedenen Widerstand des Bürgertums und der kapitalistischen Regierungen hervorrufen. Daß dies gegenwärtig in sicherster Aussicht steht, hat ja nicht nur die Verordnung des Reichspräsidenten anläßlich des Elektrizitätsarbeiterstreiks gezeigt, sondern auch die drohende Ankündigung des Ministers Koch im Reichstag und der Ruf der bürgerlichen Parteien nach einem Diktator für Berlin. Es wäre eine Illusion, anzunehmen, daß Regierung und bürgerliche Parteien die durch die Städteordnung garantierte Selbstverwaltung der Gemeinden als ein Pflänzlein Rühr-mich-nicht-an ansehen. Im Gegenteil. Für Berlin steht die Selbstverwaltung nur auf dem Papier und nur solange, als sie den bürgerlichen Parteien und der Regierung ungefährlich ist und der Einfluß der Arbeiterschaft sie zu erhalten weiß.

Durch die inzwischen vollzogene Spaltung der U. S. P. ist die Stellung der sozialistischen Parteien in der neuen Stadtgemeinde noch mehr erschüttert worden. Boten schon die Verhandlungen zwischen U. S. P. und S. P. D. bei den gegensätzlichen Auffassungen zuweilen große Schwierigkeiten, die die Erledigung aller Aufgaben verzögerten, so wurde das nach dem Hinzutritt der Neukommunisten noch schlimmer. Nun bestanden drei Gruppen, die unter einen Hut zu bringen waren. Zwar hatten die Neukommunisten es als eine Selbstverständlichkeit bezeichnet, daß sie für gemeinsam beschlossene Handlungen auch nach außen hin die Verantwortung übernehmen wollen. Daß das aber nicht geschehen werde, unterlag für die, die die Neukommunisten kennen, kaum einem Zweifel. Um so weniger als damit gerechnet werden mußte, daß durch die Vorherrschaft der Moskauer Ideologie in dieser Partei weit über das zulässige Maß hinaus politische und außenpolitische Motive die kommunalpolitische Haltung bestimmen würden.

Das ist in der Stellungnahme zu dem Oberbürgermeister Wermuth deutlich hervorgetreten. Es ist richtig, die Neukommunisten waren mit der Haltung Wermuths in der Streikfrage unzufrieden. Aber sie, die ihn mitgewählt hatten, waren trotzdem frei von der Absicht, ihn wegen dieser Haltung zu stürzen. Ihre Anträge vermieden sorgfältig jeden derart auszulegenden Hinweis. Sie begnügten sich mit der Forderung der Untersuchung zu dem Zweck, das Vorgehen der streikenden Elektriker zu entschuldigen. Sie verweigerten zunächst zwar die Unterschrift für einen Antrag, der Wermuths Haltung in der Streikfrage billigte, halfen aber später selbst mit, die Formulierung für den Antrag zu finden, durch dem Wermuth „Anerkennung für sein Wirken im Dienste der minderbemittelten Bevölkerung" ausgesprochen wurde.

Da damit der Zweck, den Ansturm der Bürgerlichen gegen Wermuth abzuwehren, ja auch erreicht worden wäre, war gegen dieses Verhalten der Kommunisten nichts einzuwenden. Ganz anders aber gestaltete sich die Situation, als sie die Unterschrift unter diesen von ihnen vorher gebilligten Antrag zurückzogen, ein Beschluß, den die neukommunistische Fraktion mit nur einer Stimme Mehrheit gefaßt hat. Die Versuche, ein solches Vertrauensvotum als überflüssig hinzustellen, zeugen deshalb von kindlicher Einfalt. Solche Vertrauenskundgebungen sind keine bürgerlichen Aeußerlichkeiten; auch in der Arbeiterbewegung gebrauchen Führer das Vertrauen und bedürfen seiner öffentlichen Versicherung, wenn die Gegenrichtung so stark ist, daß sonst ihr Sturz zu erwarten wäre.

Die kommunistische Presse macht auch diesen lächerlichen Versuch der Verschleierung zunichte. Sie gibt offen zu, daß die Neukommunisten Wermuth wegen seiner Haltung im Streik nicht mehr stützen wollten, sie desavouiert also ausdrücklich die eigene Stadtverordnetenfraktion, die sich diesem Diktat fügen mußte. Für diese Unklarheit ist bezeichnend die folgende Stelle in der Polemik der „Roten Fahne" gegen uns:

Wermuth war vielleicht gut und am Platze in einer Zeit friedlicher Entwicklung, eines latenten Klassenkampfes. Wermuth wurde in dem Augenblick unmöglich, als die Sprengung der kapitalistischen Fesseln, die Niederringung der Bourgeoisie im verschärften Klassenkampf zur Existenzfrage des Proletariats, zu seiner aktuellsten und wichtigsten Gegenwartsaufgabe wurde. . . .

Es ist Demagogie, echt menschewistische Demagogie, wenn die „Freiheit" versucht, den politischen Fall Wermuths in einen moralischen zu verwandeln. Nicht was Wermuth subjektiv wollte, sondern was Wermuth objektiv war, steht zur Debatte. Wermuth war objektiv ein Gegenrevolutionär, genau so wie ein Kautsky, ein Crispien und ein Blatt wie die „Freiheit" objektiv gegenrevolutionär und geld sind, trotz vielleicht ihres guten Willens, dem Proletariat zu dienen, trotzdem sie sich einbilden, brave Revolutionäre zu sein. Dem Proletariat ist mit moralischen Urteilen in seinem Kampfe gar nichts geholfen. Es ist endlich Zeit, daß es politisch denken lernt. Und dazu soll ihm der Fall Wermuth helfen."

Es ist schwer, diesen Redensarten einen Sinn zu entnehmen. Sie offenbaren neben völlig unberechtigten Illusionen — wie soll in der Stadtgemeinde Berlin die Sprengung der kapitalistischen Fesseln erfolgen, die Niederringung der Bourgeoisie im verschärften Klassenkampf zur Existenzfrage des Proletariats werden? — auch die Absicht, künftig in Groß-Berlin Politik auf eigene Faust zu machen. Denn wenn die U. S. P. eine objektive gegenrevolutionäre Partei ist, genau wie Wermuth, so ist doch selbstverständlich, daß die „revolutionäre" Partei der Neukommunisten mit ihr nicht paktieren kann, sondern sie auch in der Stadtverordnetenversammlung bekämpfen muß. Daher anscheinend auch die Erklärung der „Internationale" sofort nach dem Rücktritt Wermuths, man werde an Dr. Weyl genau so wenig Freude erleben.

Bei dieser Sachlage scheint es, als ob durch das Verhalten der Neukommunisten sich die sozialistische Mehrheit im Nebel aufgelöst hat. Denn sie setzt voraus eine Einigung über die gemeinsam zu vertretenden Maßnahmen, die nach dem der neukommunistischen Fraktion vorgeschriebenen Verhalten nicht mehr zu erwarten ist. Daher die große Freude des Bürgertums über den leichten Sieg, den es dank dieses Verhaltens in überraschend kurzer Zeit errungen hat und den es nun nach Kräften auszuwerten sucht. Ohne die kommunistische Fraktion haben zwar die beiden anderen sozialistischen Fraktionen noch eine kleine Mehrheit. Sie verfügen über 104 Sitze, die Bürgerlichen über 99. Aber bei der anscheinend im Wachsen begriffenen Hinneigung der Rechtssozialisten zum Bürgertum steigt auch bei ihnen die Neigung, Konflikte zu vermeiden und in manchen Fragen wenigstens mit den Bürgerlichen zusammen zugehen.

Schon jetzt suchen die Bürgerlichen diese Situation auszunutzen. Ihre Presse bietet ihre Mitarbeit an. Sie spricht deutlich die Erwartung aus, daß nach der Haltung der Neukommunisten eine Einigung über einen gemeinsamen Kandidaten der Sozialisten für den Posten des Oberbürgermeisters nicht erfolgen können. Sie weist mit Recht darauf hin, daß sowohl, wenn die Neukommunisten an der Auffassung festhalten, die Bekundung des Vertrauens sei überflüssig, wie wenn sie sagen, alles außerhalb ihrer Reihen ist gegenrevolutionär, kaum ein Ausweg zu sehen sei, auf dem ein sozialistischer Kan

Das Märzabkommen muß erfüllt werden!

Die Orgesch in Berlin

Wie in der Morgenausgabe gemeldet wurde, hat der Polizeipräsident Richter eine Kampforganisation der Rechtsparteien ausgehoben. Der Leiter der Organisation, Hauptmann Bostelmann, ist, nach berühmtem Vorbild, entflohen. Er wird sich nun einen anderen Wirkungskreis suchen und seine bisherige Tätigkeit mit verdoppeltem Eifer fortsetzen. Finden wird man den Verschwörer ebensowenig, wie den berüchtigten Hauptmann Pfeffer, der seit Monaten steckbrieflich verfolgt wird, sich dadurch aber nicht im mindesten stören läßt, sondern, unter dem besonderen Schutze der Rechtsparteien stehend, seine Tätigkeit ungehindert fortsetzt. **Das außerordentliche Gericht arbeitet nur gegen die Linksparteien.** Selbst dem „Berliner Tageblatt" ist das bekannt; es sieht sich aus Anlaß des vorliegenden Falles gezwungen, folgendes festzustellen:

„Bei dieser Gelegenheit muß wieder einmal hervorgehoben werden, daß auffälligerweise das auf Grund der Verordnung vom 30. Mai 1920 gebildete außerordentliche Gericht **noch niemals gegen geheime Organisationen von rechts in Tätigkeit getreten ist**, und daß auch die anläßlich des Weißenseer Kommunistenprozesses von der Anklagebehörde selbst angekündigten Verhandlungen gegen Rechtsorganisationen, insbesondere gegen den Hauptmann v. Pfeffer, **noch immer auf sich warten lassen. Vielleicht äußert sich einmal das Reichswehrministerium, dem die außerordentlichen Gerichte unterstellt sind, über diese unverständlich lange Dauer des Verfahrens.**"

Warum schreitet der Polizeipräsident Richter, warum schreitet **das außerordentliche Gericht nicht endlich auch gegen den „Sportklub"** Olympia ein? **Dieser „Sportklub" umfaßt die früheren Zeitfreiwilligen des Schutzregiments Groß-Berlin. Er ist jetzt 11 000 Mann stark.** Führer ist Major v. Heeringen, ein alter Kappist, der vor einer Woche mit Escherich eine Besprechung im Palais in der Wilhelmstraße gehabt hat und sich jetzt mit seiner Organisation ebenfalls der „Orgesch" angeschlossen hat. Der „Sportklub" ist in einzelne Blocks eingeteilt. Hauptblockalarmierungsort ist die Oberfeuerwerkerschule, Moabit. Bei einem eventuellen Aufstand erhält der Sportklub Olympia die Bezeichnung Notwehrregiment I. Weitere Führer sind: General Mobius, Major Pischel, Major Brettschneider, Hauptmann Willamowitz-Möllendorf.

Aus all diesen Tatsachen ersehen wir, daß die militärischen Geheimverbände nicht aufgelöst sind. Sie haben nur ihren Namen geändert, sind durch Escherich zentral organisiert worden und deshalb heute von viel größerem militärischen Wert als vor dem 13. März. Die Gefahr für die Republik wächst von Tag zu Tag. Die Regierung kann und will keine Abhilfe bringen. Darum muß der Front der militärisch organisierten Reaktion die Front der organisierten Arbeiter entgegengestellt werden. **Die Gewerkschaften haben die dringende Pflicht, das Märzabkommen durchzudrücken.** Sonst kommen sie über kurz oder lang unter die Räder der Reaktion und drohen, wie in Ungarn, zermalmt zu werden.

Kahr hat gesiegt!

Der bayerische Ministerpräsident von Kahr war Ende letzter Woche in Berlin und hatte mit den maßgebenden Stellen eine Unterredung über die Beibehaltung der Einwohnerwehren. Die Reichsregierung hat sich über das Ergebnis der Besprechung sehr vorsichtig geäußert, unsere Reichstagsfraktion wird sie daher durch eine kleine Anfrage zwingen, klaren Wein einzuschenken. Nach den vorliegenden Meldungen scheint v. Kahr einen vollen Sieg davongetragen zu haben. **In bayerischen Regierungskreisen wird nicht mit einer Auflösung der Einwohnerwehren gerechnet.** Es heißt, die Entente habe sich mit dem jetzigen Zustand abgefunden, sie wolle nur, daß sich die bayerischen Einwohnerwehren auf eine bestimmte Mitgliederzahl beschränken, außerdem soll den Wehren der zentralisierte Charakter genommen werden.

In München sind verschiedene englische Generäle eingetroffen, die sich über die Lage unterrichten wollen. General Macolm hatte auch eine Aussprache mit dem früheren rechtssozialistischen Minister Auer. Was bei diesen Unterhandlungen herauskommt, wissen wir zur Stunde noch nicht. Fest steht aber, daß die Arbeiterschaft den Rüstungen der Gegenrevolution nicht mehr ruhig zusehen kann. **Orgesch und Einwohnerwehren sind ausgesprochene monarchistische Kampforganisationen.** Auch Reichswehr und Sicherheitspolizei sind monarchistisch verseucht.

Soll die Republik erhalten bleiben, dann bedarf sie zu ihrem Schutze der Arbeiter. Wenn also Orgesch und Einwohnerwehren nicht aufgelöst werden, dann müssen die Arbeiter schnellstens eine Gegenorganisation ins Leben rufen. Nur so sind sie sicher, nicht wieder wie am 13. März überrumpelt zu werden.

Die Pfalz klagt an

Auf dem Parteitag der badischen Sozialdemokratie hielt der pfälzische Parteiführer Profit (Ludwigshafen) eine Begrüßungsansprache. Er wandte sich mit scharfen Worten gegen den Abgeordneten Held von der bayrischen Volkspartei. **Von Bayern drohe der Pfalz eine große Gefahr.** Bayern, d. h. die Regierung Kahr, glaube ein Reservatrecht auf die Einwohnerwehren zu besitzen. Die Pariser Politik habe wohl in München erst den Eindruck erweckt, als ob sie für die bayrischen Einwohnerwehren eine stille Billigung zugestehe. Auch arbeitet sie durch die Stärkung der Königspartei darauf hin, die Einheit der deutschen Republik zu zerschlagen. In nicht mißzuverstehender Weise hätten aber die Sozialdemokraten Nordbayerns und der Pfalz der Königspartei zu verstehen gegeben, **daß bei einer Revolution von rechts Franken und die Pfalz für sie verloren seien.** Die Pfalz klage darum die bayrische Regierung vor dem Forum des deutschen Volkes an und rufe dieses und seine Regierung zur Hilfe auf.

didat gewählt werden und wirklich arbeiten könne. Sie äußert ferner Hoffnungen auf andere Mehrheitsverhältnisse im Magistrat und glaubt an eine ihr günstigere Zusammensetzung der Bezirksverwaltungen. Durch die Passivität haben deshalb die Neukommunisten den Boden für die größten Schwierigkeiten bereitet.

Wenn also gegenwärtig die durch den Rücktritt Wermuths heraufbeschworene Krise sich in einer Krise des gesamten Gemeinwesens äußert, so tragen die Schuld daran die Neukommunisten. Ihrem Verhalten hat es die Groß-Berliner Arbeiterschaft zu danken, wenn die Erwartungen, die sie an die Wirksamkeit einer sozialischen Mehrheit in der Berliner Stadtverwaltung geknüpft hat, nicht in Erfüllung gehen.

Die Verankerung der Polizeiwillkür

Reichstag und Elektrikerstreik

Mit seiner gegen die streikenden Berliner Elektriker gerichteten Antistreik-Verordnung hat Ebert der Reaktion wieder einmal den Finger gereicht, was zur Folge hat, daß sie nun die ganze Hand nimmt. Der Reichstag hat gestern beschlossen, daß die Verordnung in Kraft bleiben soll bis zum Erlaß einer gesetzlichen Schlichtungsordnung. Bedeutet schon die Verordnung die Aufhebung der in der Verfassung garantierten Grundrechte für einen Teil der Bevölkerung, so ist durch diesen Beschluß der reaktionären Mehrheit des Reichstages eine Verewigung dieses Ausnahmezustandes herbeigeführt worden. Die Reaktion hat es jetzt kaum noch nötig, auf die Fertigstellung einer gegen das Streikrecht gerichteten Schlichtungsordnung zu drängen. Sie hat vielleicht sogar ein Interesse daran, die gesetzliche Regelung der Materie so lange hinauszuschieben, bis sie eines parlamentarischen Erfolges vollkommen gewiß ist. Auch das parlamentarische Glück ist ein unsicherer Kantonist. Die bürgerlichen Parteien können jetzt jene Schlichtungsordnung, nach der auch wir uns nicht sehnen, verwerfen, wenn sie in ihrer reaktionären Wirkung hinter der Verordnung zurückbleibt. Gegen einen parlamentarischen Mißerfolg ist also durch diesen Beschluß eine Rückversicherung geschaffen, die in ihren Wirkungen vollends im Widerspruch steht zu dem Sinn selbst dieser kläglichen Positionen der Verfassung, die einem einzelnen Manne das Recht geben, die verfassungsmäßigen Grundrechte vorübergehend aufzuheben. Wenn diese die Polizeiwillkür in der Verfassung verankernden Paragraphen überhaupt einen Sinn haben, so doch nur den, daß die vorübergehende Aufhebung der Grundrechte ein Notbehelf sein soll, der auf dem schnellsten Wege wieder beseitigt werden muß. Durch den Beschluß der Reichstagsmehrheit aber erhält die Polizei-Willkür Gesetzeskraft. Auch der „Vorwärts“ schreibt dazu mit vollem Recht:

„Der Reichstag kann das Recht des Reichspräsidenten, eine von ihm erlassene Verordnung wieder aufzuheben, nicht auch Beschlüsse von der Art des gestrigen einschränken. Dazu wäre ein Gesetz notwendig, das in vorgeschriebener Weise vom Reichstag und Reichsrat verabschiedet worden ist.“

Es ist notwendig, daß der bürgerlichen Mehrheit zum Bewußtsein gebracht wird, daß ein solcher Beschluß des Parlaments unwürdig ist, denn er hebt das sonst so heilig gehaltene Recht des Parlaments selbst auf, indem er der Polizei-Willkür die Arme vollends freimacht. Zur Frage der Sozialisierung erklärte der Abgeordnete Dr. Hugo gestern: „Die Frage kann nicht im Hurratempo einer politischen Stimmung erledigt werden.“ Auch die Aufhebung der Grundrechte der Arbeiter darf nicht in solcher politischen Hurrastimmung erfolgen. Es ist notwendig, daß die sozialistischen Parteien sofort die Aufhebung des Beschlusses veranlassen.

Kommunale Scharfmacher

Städtetag und Wohnungsnot

Kürzlich hat in Köln eine Tagung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages stattgefunden. Die Oeffentlichkeit ist nur durch sehr unzulängliche Berichte unterrichtet worden. Ein Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“, der anscheinend von einem Teilnehmer der Tagung herrührt, läßt indessen deutlich erkennen, daß die rückschrittlichen Bestrebungen, die dem Aufstieg der Arbeiterklasse und ihrem wachsenden Einfluß in den Kommunen entgegenzuwirken suchen, auch in dieser Körperschaft an Kraft gewonnen haben. Die Bahnen, die der Städtetag eine Zeitlang unter der starken Führung des bisherigen Berliner Oberbürgermeisters Wermuth wandelte, sollen anscheinend vollkommen verlassen werden.

Hauptgegenstand der Beratung war die Wohnungsfrage. Man erklärte sich für die Mietssteuer und die Steigerung der Mieten um das drei- und vierfache, da mit den dadurch erzielten Mitteln der Wohnungsbau betrieben und auch die alten Häuser neu hergestellt werden könnten. Die Arbeiter und Angestellten könnten die Steigerung der Mieten sehr wohl tragen, denn sie verdienten ja die entsprechenden Löhne. Aus politischen Gründen könne man auch eine Wohnungs-Luxussteuer für die Reichen fordern; sie bringe zwar nicht viel ein, aber man könne doch nicht der Mieterschaft die ganzen Lasten auferlegen, ohne wenigstens nicht so zu tun, als ob auch die Reichen mitherangezogen werden würden. Der Regierungsentwurf biete eine geeignete Grundlage für die Forderungen, die der Städtetag aufstelle. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Hauptreferenten, des Charlottenburger Syndikus Sembritzki: Er berichtete über die Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium. Dort säßen keine Leute mit praktischem Verständnis, denn sie seien merkwürdigerweise von der Auffassung befangen, daß die Wohnungsnot nicht anders als durch die Sozialisierung des Wohnungsbaues beseitigt werden könne. Er aber meinte, nur der private Wohnungsbau sei jetzt noch möglich.

Selbst dem rechtssozialistischen Oberbürgermeister Leinert waren diese Ausführungen unbequem. Er beschwor die Herren, doch nicht gar zu arbeiterfeindlich zu sein. Denn wenn bekannt würde, wie und was hier gegen die Arbeiterschaft gesprochen würde, würde sich ein Strom der Entrüstung erheben.

Sogar der Nürnberger Oberbürgermeister Luppe, den in seiner früheren Frankfurter Tätigkeit der Glorienschein des sozialen Verständnisses umgab, erklärte, es könne überhaupt nicht mehr gebaut werden, die Leute müßten wieder aufs Land und die in den Städten Verbleibenden müßten eben mehr zusammengepfercht werden.

Was lehrt diese Tagung? Zunächst einmal, daß der Städtetag in seiner jetzigen Zusammensetzung ein durchaus falsches Bild von den in den Gemeinden herrschenden Anschauungen widerspiegelt. Er ist heute nur ein Organ der oberen Gemeindebeamten und hat nicht das Recht für einen anderen Kreis als diesen zu sprechen. Das ist umsomehr der Fall, als in dem sich täglich immer mehr zuspitzenden Kampf der beiden Klassen der Gesellschaft auch das obere kommunale Beamtentum sich auf die Seite der Kapitalisten stellt. Die Gemeinden mit sozialistischer Mehrheit müssen aus dieser Tatsache die entsprechenden Konsequenzen ziehen.

Kundgebung französischer Frauen

Die Milchnot in den besetzten Gebieten

Die französische Vereinigung für das Frauenstimmrecht hat unter dem 18. November an die deutschen Parlamentarierinnen ein Schreiben gerichtet, das zu der Frage der Ablieferung von Milchkühen Stellung nimmt. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß Deutschland versprochen hat, die aus den zerstörten Gebieten entwendeten eine Million Stück Rindvieh zurückzugeben, 220 000 Stück seien aber bisher nur abgeliefert worden. Gegenüber der in den letzten Wochen in Deutschland entfachten Hetze wendet das Schreiben ein:

„Wir glauben, daß, wenn die deutschen Frauen die traurigen zerstörten Gebiete Frankreichs besucht hätten, wenn sie dort, so wie wir es getan, die furchtbare Kindersterblichkeit festgestellt hätten, die zum großen Teil auf die Unmöglichkeit zurückzuführen ist, selbst für die zartesten Kinder frische Milch zu beschaffen und auf die Notwendigkeit, diese Kinder in unzureichender und kostspieliger Weise mit konservierter Milch oder mit Milchpulver zu ernähren, so würden diese Familienmütter nicht versuchen, eine Agitation zu entfalten, um Deutschland an der Erfüllung seiner Verpflichtungen zu verhindern. Wir wissen, daß auch die deutschen Kinder unter dem Kriege gelitten haben und daß bei Ihnen eine Rationierung der Milch notwendig geworden ist, aber wir glauben, daß es in dem vorliegenden Fall bedauerlich wäre, wenn die öffentliche Meinung der verschiedenen Länder Gefahr liefe, irregeführt zu werden. Bewegungen dieser Art sind nicht dazu angetan, die normalen Beziehungen der Völker untereinander wieder herzustellen, darum wenden wir uns an Sie, damit Sie uns sagen, wie Sie persönlich darüber denken und welchen Standpunkt die 38 deutschen Parlamentarierinnen, denen wir unsern Brief mitzuteilen bitten, einnehmen.“

Wir haben bereits früher dargelegt, daß auch nach unserer Meinung Deutschland die Verpflichtungen erfüllen muß, die aus seiner Zerstörungsarbeit in den besetzten Gebieten sich ergeben. Wir zweifeln nicht daran, daß die weiblichen Abgeordneten der Unabhängigen Sozialdemokratie in ihrer Antwort auf das maßvolle Schreiben der französischen Frauen zum Ausdruck bringen werden, daß sie diese Pflicht durchaus anerkennen.

Die Königsdiener

Ein republikanisches Musterbataillon

Die Offiziere der „ehemalig königlich preußischen Armee“ haben sich regimentsweise zu festen Verbänden zusammengeschweißt, um die Erinnerungen an die „große Zeit“ wachzuhalten und bei einer etwaigen Rückkehr der von ihnen so hochverehrten Hohenzollernschieber schlagbereit zu sein. Die Herren halten regelmäßig Besprechungen ab. Letzthin waren die „Königlichen Offiziere des Alexanderregiments“ in der Traube versammelt. Der General der Infanterie Freiherr von Scheffer, begrüßte die Erschienenen und verlas „das Telegramm Seiner Majestät, welches als Antwort auf die an Allerhöchst Denselben gerichtete „Glückwunsch-Huldigungsdepesche vom 18. 1. 1920 eingegangen war.“ Im Anschluß daran fand ein Essen statt, „das höchst angeregt verlief, wozu das sehr gut zubereitete und reichlich bemessene Mahl beitrug.“ Auch bei dieser Gelegenheit wurde „des in der Ferne weilenden Allerhöchsten Kriegsherrn gedacht“.

Man könnte diesen ganzen Fest- und Freßrummel für eine kindliche Spielerei halten, wenn die Sache nicht doch einen sehr ernsten Haken hätte. Der Offiziersvereinigung des „ehemalig Königlich Preußischen Kaiser Alexander-Garde-Grenadierregiments Nr. I“ gehören in der Hauptsache Offiziere an, die heute im Dienste der Reichswehr oder der Sicherheitspolizei stehen. Beim Bataillon Alten in Ruhleben befinden sich allein folgende Offiziere:

Major von Alten, Hauptmann von Biebahn, Hauptmann v. Hase, Hauptmann Freiherr v. Gablenz, Hauptmann von Alt-Stutterheim (derselbe, der in München Zeuge bei der Abschlachtung der 21 katholischen Gesellen war), Oberleutnant Graf von Hülsen, Leutnant von Rohr, Leutnant Heidemann, Leutnant von Kries, Leutnant Dreeseler, Fähnrich von Waldbach und Fahnenjunker von Biebahn.

Also bis auf zwei Mann lauter adlige Herren. Bei einem Putsch von rechts, der dem Sturze der Republik und der Wiedereinführung der Monarchie dient, werden diese Offiziere ihrem „Allerhöchsten Kriegsherrn“ natürlich nicht die Treue wahren. Das tun sie nur im Kasino beim Becherklang und Tafelgeklirr. Kommt ein Putsch von rechts, dann stehen sie mit beiden Beinen breitspurig auf dem Boden der Verfassung und kämpfen gemäß ihrem Eide bis zum letzten Blutstropfen gegen die Monarchie. Das haben sie schon während des Kapp-Putsches getan. Das nächste Mal werden sie es noch viel besser machen.

Die ungarische Königsfrage

Auf eine Interpellation des Abgeordneten Rassay über Verfassungsreform und die endgültige Lösung der Königsfrage erwiderte Ministerpräsident Teleky in der Nationalversammlung, in dieser Angelegenheit müsse das ganze Land befragt werden. Der Ministerpräsident verwahrte sich energisch gegen die Auffassung des Interpellanten, daß die Thronfrage eine außenpolitische Angelegenheit sei. Die Entscheidung der Thronfrage sei eine durchaus innere Angelegenheit der ungarischen Nation und werde durch Ungarn ganz nach eigenem Ermessen erledigt werden.

Die Ansicht, daß es sich bei der ungarischen Königsfrage um eine innerpolitische Angelegenheit Ungarns handele, ist völlig unzutreffend. Die Errichtung des Königtums in Ungarn bedeutet die Krönung und Festigung der ungarischen Reaktion, bedeutet die ständige Gefahr der habsburgischen Reaktion für die Donauländer und die mitteleuropäischen Republiken. Wie sehr die ungarische Königsfrage von außenpolitischer Bedeutung ist, beweist der Antrag des tschechischen Außenministers Benesch beim Völkerbund, der verlangt, daß der Völkerbund sich jeder Wiederkehr der Habsburger und der Errichtung eines nationalen Königtums in Ungarn widersetze.

Proletarisches Theater

Uns wird geschrieben: Das proletarische Theater ist auch ein Gradmesser für den Ernst und das proletarische Selbstbewußtsein in der Arbeiterschaft der Großstadt. Sollte der Aufbau der Bühne aus den Reihen der Arbeiterschaft mißlingen — sollte die Anzahl der Mitglieder nicht bald um das Doppelte wachsen — so wäre das ein Beweis dafür, daß die Arbeiter ihren Bedarf an „Unterhaltung“ und „Anregung“ eben lieber bei den Stettiner Sängern, bei Hartstein, bei „Paulinchen“, bei „Der Frau im Hemd“ decken — als am Aufbau einer Bühne mithelfen wollen, die ihrem eigenen Empfinden Ausdruck verleiht. Es wäre eine Schmach, wenn die Arbeiter in der Tat mit der Einstellung des kleinbürgerlichen Kapitalisten ins Proletarische Theater gingen, um für ihr Geld etwas geboten zu erhalten und nicht mit der des Sozialisten, der gemeinsam mit andern kämpfenden Genossen den Geist des menschheitsbefreienden Sozialismus im dramatischen Erlebnis erfahren möchte.

Will aber der Genosse ein solches proletarisches Gemeinschaftsgefühl, durch die Kunst angeregt, erleben — so muß er wissen, daß er in dem Theater ist, das er selbst aufbaut und mit verantwortet.

Einem proletarischen Theater in der bürgerlichen Gesellschaft stehen Schwierigkeiten gegenüber, die erst durch die Ueberwindung der kapitalistischen Gesellschaft verschwinden.

Allein — wir glauben, daß der Versuch einer Arbeiterbühne, die erst in der proletarischen Gesellschaft eine proletarische-dramatische Gemeinschaft werden kann und die den Namen Proletarisches Theater trägt, um in die Zukunft zu weisen, geglückt ist.

Nur unter Beteiligung aller revolutionär künstlerisch schöpferischen Kräfte — nur unter Beteiligung weiter Arbeiterkreise, die genug haben an der Lüge des Kinos und an dem Wirrwarr der Bühnen des kapitalistischen Zerfalls — gelingt es eine Bühne zu schaffen, die sozialistischem Denken und Fühlen Ausdruck gibt. —

Im November spielte das Proletarische Theater „Die Feinde“ von M. Gorki. Am 12. Dezember wird in der Philharmonie noch eine Aufführung „Der Feinde“ sein. Im übrigen steht auf dem Dezemberspielplan ein Stück von den durch seinen proletarischen Roman Jimmie Higgins bekannten Upton Sinclair. Es trägt den Namen „Prinz Hagen“. Hagen ist eine Verkörperung des starken, stürmischen Dranges des kapitalistischen Menschen nach grenzenloser Erweiterung seines Ichs!! — nach Macht. Er kommt aus dem Goldreiche der Nibelungen hinein in die Welt, bedient sich der Moral, die er als Lüge, aber als Mittel auf dem Wege zur Macht erkannt hat, bedient sich aller kapitalistischen Mittel, um selber der oberste Herr der Kapitalisten zu werden. Nur eins vergißt er: den Ernst, die Not, die Stärke der Ausgebeuteten. Vom Gipfel der Macht stürzt ihn die proletarische Revolution. Nicht das Prinzip der individualistischen Machtgier — der lebendige Gedanke der schöpferischen Kraft der Gemeinschaften baut die neue Welt.

Die Spieltage im Dezember sind:
Neukölln: Sonntag, 5. Dezember, 8 Uhr abends, Kliems Festsäle. Lichtenberg: Sonnabend, 11. und 18. Dezember, abends 8 Uhr, Schulaula Parkaue. Norden: Donnerstag, 9. Dezember, abends 8 Uhr, Pharussäle. Moabit: Mittwoch, 15. Dezember, abends 8 Uhr, Moabiter Gesellschaftshaus. Zentrum: Sonntag, 12. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Philharmonie, Bernburger Straße. Sonntag, 19. und 26. Dezember, nachmittags 3 Uhr, Beethovensaal, Cöthener Straße. Kartenverkauf: Norden: Krall, Utrechter- Ecke Hennigsdorfer Straße; Lindenstr. 84, Metallarbeiter-Verband. Moabit: Thürling, Emdener Str. 23; Räte-Zeitung, Luisenstr. 29. Südosten: Köpenicker Str. 108, Sporthaus „Fichte“. Osten: Warschauer Str. 63. Lichtenberg: Gürtelstr. 25. Charlottenburg: Galvanistr. 1, bei Schwarting. Zentrum: Münzstr. 24, Arbeiter-Bildungsschule, Breitestr. 8-9. Neukölln: Reglin, Schönleinstr. 24 und Geschäftsstelle des Theaters. Preise: 6 M. für in Arbeiterorganisationen nicht Organisierte, Vorverkauf 5,50 M.; Karten für Arbeiter 3,50 M., Vorverkauf 3,20 M. Mitglieder des proletarischen Theaters frei! Mitgliedskarten an der Kasse. Erwerbslose 1 M. Neuaufnahmen in den Vorverkaufsstellen und an der Kasse. Wer Karten in Kommission nimmt, erhält 5 Prozent der verkauften Karten. Kommissionskarten erhältlich durch die Geschäftsstelle Lichtenberg, Kronprinzenstr. 47, Königstr. 35.

Das Moos

Ein Beitrag zur Kinderpsychologie.

Nach Niederschriften Berliner Gemeindeschülerinnen von Lehrer Mahlke.

Das Moos ist ein Teppich für die Menschen, die beim Holzsammeln oder Beerenpflücken ermüdet sind. Einen andern haben sie nicht. Aber der ist auch viel schöner wie die Stubenteppiche, die reiche Leute haben. Denn es sind richtige Glockenblumen darin. Im Moose haben auch die Spinnen ihre Nester. Die Spinnen und die Fliegen machen immer Krieg. Die Spinnen gewinnen und fressen die Fliegen auf. Darum mag ich die Spinnen nicht leiden. Jetzt halten sie Winterschlaf und darum ist Frieden.

*

Das Moos im Walde sieht aus wie eine grüne Insel. Es könnte auch eine Stadt sein mit lauter kleinen Leuten. Jedes Mooshälmchen ist ein grüner Zwerg mit einem goldenen Krönlein. Nun ist es kalt. Die kleinen Mooszwerge zittern so. Der Winter wird ihnen wohl bald einen weißen Schneemantel schenken. Es gibt auch arme Kinder im Winter, die so frieren; aber keiner hat ein bißchen Mitleid.

Solistenkonzerte. In der jungen Cellistin Judith Bokor stellte sich eine Künstlerin vor, die über saubere und mühelose Technik (besonders in der Beherrschung des Flageoletts) verfügt und einen innerlich getragenen, klangvollen Ton besitzt. Ernst Grenzebach, der mit geistiger Reife manche musikalische Feinheit in seinem Vortrag herauszuarbeiten versteht, eignet sich mit seinen von Natur aus sehr bescheidenen, wenn auch gut gebildeten Stimmitteln nur wenig für den größeren Konzertsaal. — Der Pianist Tibor Szatmary gefällt sich in einer manierierten Virtuosität, so daß in seinem Spiel von innerer Anteilnahme nur allzuwenig zu verspüren ist. Das Minutiöse Mozarts hauchte er mit prickelnder Zierlichkeit.

Der kriegsblinde Sänger Herbert Spohn kann sich eines gut veranlagten Stimmaterials erfreuen, wenn seine Tonbildung in den höheren Registern auch noch sorgsamer, pädagogischer Pflege bedarf.

Das Berliner Vokalterzett (Else Knüttel, Käte ... lich und Elisabeth Böhm), das zu feinfühligster ... stimmheit herangereift ist, sucht stets aparte Gaben darzureichen. Robert Kahns „Abend“ und zwei Lieder von Philipp Gretscher waren in der ausgeglichenen, empfindlich nuancierten Wiedergabe von hohem musikalischem Reiz. W.

Im Großen Schauspielhaus wird Hauptmanns „Florian Geyer“ vorbereitet. In den Kammerspielen kommt Arthur Schnitzlers Lustspiel „Die Schwestern“ („Casanova in Spaa“), im Deutschen Theater Shaws Komödie „Cäsar und Kleopatra“ zur Aufführung. Vorher wird Schillers „Don Carlos“ in einer Neueinstudierung im Deutschen Theater in Szene gehen.

Im Kleinen Schauspielhaus findet Montag, 6. Dezember, die Uraufführung des neuen Lustspiels „Ehelei“ von Hermann Bahr statt.

Im Theater i. d. Königgrätzer Straße finden gegenwärtig die Proben zu Oskar Wildes Drama „Salome“ statt. Die Titelrolle spielt Maria Orska, den Herodes Ludwig Hartau.

Vorträge. Rudolf Blümner spricht am Mittwoch, 1. Dezember, abends 7½ Uhr, in der Kunstausstellung Der Sturm, Berlin, Potsdamer Straße 134c, über „Den Geist des Kubismus“ (Malerei, Plastik, Musik). — „Expressionismus und Reklame“ spricht Lothar Brieger am 6. Dezember, abends 7½ Uhr, im Hörsaal des Staatlichen Kunstgewerbemuseums. — Im Graphischen Kabinett, Kurfürstendamm 233, trägt am Donnerstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, Fränze Roloff Dichtungen von Else Lasker-Schüler vor. — „Aus fremden Gärten“ heißt der am 9. Dezember im Meistersaal stattfindende Vortragsabend von Ilse Kanitzer, an dem sie Dichtungen von Strindberg, Verlaine, ... Lagerlöf, Tagore und Verhaeren spricht.

Im Künstlerhause stellten sich drei junge Dichter vor: ... Bod, Hans Sturm, K. E. Meurer. Es floß ein Strom romantischen Gefühls dahin, wobei freilich manches im Dämmer blieb.

Arno Nadel setzt die im vorigen Jahre veranstalteten „Chinesischen Abende“ in einer Vortragsfolge an sieben Mittwoch-Abenden fort. (Weltanschauung und Lebenslehre außerhalb und über den Wissenschaften.) Erste Vorlesung 8. Dezember in der Buchhandlung Albrecht Blau, Spichernstr. 7.

Die Sammlung des Bürgertums

Erkennt die Zeichen der Zeit!

Trotz des Widerstandes einiger Kreise des liberalen Bürgertums vollzieht sich unaufhaltsam der Verbindungsprozeß zwischen der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei. In den „Münchener Neuesten Nachrichten" konnte man vor einigen Tagen lesen, daß es notwendig sei, zwar nicht eine Fusionierung der beiden Parteien vorzunehmen, wohl aber von Fall zu Fall gemeinsame politische Aktionen zu veranstalten. Die Demokratische Partei habe es von jeher abgelehnt, von einem Mitgliede das Bekenntnis zur Republik zu verlangen. Die Frage der endgültigen Staatsform habe mit dem Wesen der Demokratie und der deutschen Demokratischen Partei nichts zu tun. Sie sei eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit. Wer die republikanische Staatsform wünsche, tue ebenso klug daran, vorerst die weitere Entwicklung abzuwarten, wie die Anhänger einer Monarchie etwa in der englischen Form. Das „Berliner Tageblatt" bemerkte zwar dazu, daß die Frage der Republik keine Zweckmäßigkeitsfrage sei, sondern die Demokratische Partei habe in allen ihren Kundgebungen das Bekenntnis zur republikanischen Staatsform abgelegt. Aber in der Versammlung in Hannover, über die wir bereits berichtet haben, hat der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Senator Dr. Petersen, ausgeführt, daß „wir viel zu schwach" seien, „als daß wir wieder eine Monarchie vertragen könnten". Auch Dr. Petersen hat also nicht grundsätzlich die Monarchie abgelehnt, sondern er will ebenso, wie das Münchener Blatt, erst „die weitere Entwicklung" abwarten.

Damit sind die Demokraten den Volksparteilern schon weit entgegengekommen, und auf der Tagung des demokratischen Parteiausschusses in Hannover hat der Parteivorsitzende die Gemeinsamkeit der Interessen beider Parteien noch besonders betont. Dr. Petersen führte dort aus, daß die Deutsche Volkspartei durch ihre Beteiligung an der Reichsregierung gezwungen worden sei, eine Politik mitzumachen, die die Demokraten diktiert hätten. Die volksparteilichen Minister seien in allen Fragen den Wünschen der Demokraten gerecht geworden. Die Zusammenarbeit mit den Rechtssozialisten sei viel schwieriger gewesen als mit den Volksparteilern. Es gelte jetzt, einen Block der Mitte zu schaffen. Irgendwelche Verhandlungen über eine Verschmelzung mit der Deutschen Volkspartei hätten allerdings noch nicht stattgefunden.

Die Demokraten wollen also äußerlich noch selbständig bleiben. Sie streben aber zum mindesten eine Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei an. Und dieser Block der Mitte wird sicherlich zustande kommen. Es ist in der Tat so, daß die demokratische Politik sich in nichts mehr von der volksparteilichen Politik unterscheidet. Beide Parteien vertreten kapitalistische Interessen, und wenn nunmehr die Demokraten auch die Frage der Monarchie als eine reine Zweckmäßigkeitsfrage erklären, so besteht für die Volkspartei kein Grund mehr, sich dem Liebeswerben von dieser Seite unzugänglich zu zeigen. Vielleicht wird der bevorstehende demokratische Parteitag in Nürnberg den einer Allianz mit der Volkspartei noch widerstrebenden Elementen einige formelle Zugeständnisse machen. In Wirklichkeit ist der Block der Mitte im Werden, die Sammlung des Bürgertums auf einer gemeinsamen antisozialistischen und arbeiterfeindlichen Grundlage vollzieht sich mit aller Deutlichkeit.

Auch die durch die Essener Rede des Herrn Stegerwald angekündigte Aktion der christlichen Gewerkschaftsführer verfolgt das Ziel, die parteipolitische Sammlung des Bürgertums zu fördern. Die „Westdeutsche Arbeiterzeitung", das Verbandsorgan der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, teilt in ihrer neuesten Nummer folgendes fest: „Stegerwald will keine neue Arbeiterpartei, er lehnt sie ausdrücklich ab. Er will auch nicht den Gewerkschaftsbund, die gesamte Organisation der Arbeiter, Angestellten und Beamten als neue Partei einführen. Er will überhaupt keine neue Partei gründen, er will sammeln, zusammenfassen." Zu diesem Zwecke habe der Gewerkschaftskongreß beschlossen: 1. die Bildung eines parlamentarischen Komitees christlicher Gewerkschaftsführer aus den verschiedenen Parteilagern. 2. Die Unterstützung der an sich schon beschlossenen Gründung einer großen politischen Tageszeitung. Es solle damit vor allem auf die anderen Berufsstände eingewirkt werden, in denen sich jetzt eine wachsende Abneigung gegen die Arbeiterschaft zeige. Gelänge mit ihnen keine Verständigung, dann werde die Bildung einer neuen Arbeiterpartei kaum zu verhüten sein. Wie aber auch die christliche Volkspartei der Zukunft aussehen werde, der Kern des heutigen Zentrums müsse darin wiederzufinden sein. Die „Germania" begrüßt diese Ausführungen, weil „ein Ausreißen der Stegerwaldschen Ideen seine Zeit haben will", was eine Verschiebung auf unbestimmten Termin gleichkomme, und weil die beste Lösung überhaupt nur in einer vollen Harmonie mit dem „bewährten Zentrumsprogramm" gefunden werden könne. Also auch in diesen Kreisen vollzieht sich die Sammlung des Bürgertums. Wenn das „bewährte Zentrumsprogramm" als Grundlage dafür dient, so ist damit schon gesagt, daß die Sammlung, zu der Stegerwald aufruft, sich nur vollziehen wird im Sinne der erneuten Festigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Wenngleich alle diese Sammlungserscheinungen eine Folge der Entwicklung unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse sind, so ist damit noch nicht gesagt, daß die Arbeiterschaft ihnen mit gekreuzten Händen und abwartend zusehen darf. Man muß immer wieder feststellen, daß im Gegensatz dazu die Zersplitterung des Proletariats immer weitere Fortschritte macht und daß die Spaltungsarbeit jetzt auch noch an den letzten Organisationen, die bisher noch geschlossen erhalten bleiben konnten, an den Gewerkschaften, geübt werden soll. Erkennen die Arbeiter nicht noch in letzter Stunde diese Zeichen der Zeit, so wird der revolutionäre Kampf des Proletariats um die Beseitigung der kapitalistischen Lohnknechtschaft eine ungeheure Schwächung erfahren und die Arbeiterklasse wird von neuem um die Eroberung der Positionen ringen müssen, die sie durch ihre eigene Schuld den kapitalistischen, gegenrevolutionären Elementen überläßt.

Wo bleiben deine Steuern?

Aus eingeweihten Kreisen wird uns geschrieben:

Solange das Deutsche Reich besteht und Militär hat, waren die Kompagniehandwerker ihren Kompagnien zugeteilt. Die Handwerker wurden von den Kammerunteroffizieren kontrolliert, auch der Kompagnieführer sah nach. Jetzt werden die Handwerker als Zivilarbeiter beschäftigt, was an sich zu begrüßen wäre, weil dadurch eine Reihe von Kriegsbeschädigten untergebracht werden kann. Nicht zu begreifen jedoch ist die Verschwendung, die jetzt mit den Bekleidungsstücken getrieben wird und nicht bloß mit Bekleidung, sondern auch mit Personal. Die Handwerker sind jetzt nicht mehr bei ihren Kompagnien, sondern jeder selbständige Truppenteil hat seine zentralisierte Handwerkerstube mit Handwerksmeistern. Welche Nachteile dadurch dem Reichsfinanzamt entstehen, ist aus folgendem ersichtlich: Kleine Formationen, wie z. B. Feldkolonnen, haben vier Handwerker und zwei Werkmeister. Pionierbataillons mit drei Kompagnien haben 10 Handwerker und zwei Werkmeister, selbständige Schützenbataillone haben 12 Handwerker und zwei Werkmeister usw. Die Werkmeister arbeiten den ganzen Tag nichts weiter, als daß sie die Arbeit, welche fertig ist, ins Buch einschreiben und dabei bemerken, wieviel Material verwendet wurde. Es ist dieses eine Arbeit, die früher jeder Kammerunteroffizier nebenbei gemacht hat und auch jetzt noch gerne machen würde.

Die Werkmeister, die also ganz überflüssig sind, beziehen jeder ein Gehalt von monatlich 1300 M. Es sind dieses ehemalige Obermeister von den Bekleidungsämtern. Daß auch für diese Leute auf Grund ihrer langjährigen Dienstzeit gesorgt werden muß, ist ganz richtig, aber man braucht diese nicht in einer Flickstube, wo neue Sachen nicht gemacht werden, sie sollen eben in den Reichsbekleidungsämtern oder anderweitig untergebracht werden, denn nicht bloß das Gehalt von den vielen Werkmeistern, sondern auch die anderen Einrichtungen der zentralisierten Werkstätten verursachen dem Staat unnötig hohe Kosten. Der einzelne Soldat darf die zentralisierte Handwerkerstube nicht betreten, sondern er muß die reparaturbedürftigen Stücke beim Kammerunteroffizier einliefern und dieser bringt sie dann, wenn mehrere beisammen sind, zur Reparatur.

Wenn die Handwerker bei ihren Kompagnien wären, so könnte der Soldat, wenn eine Kleinigkeit an seinen Bekleidungsstücken fehlt, die Sache sofort in Reparatur geben, so aber trägt er sie bis zum äußersten auf. Sind aus den Stiefeln die Nägel ausgefallen oder abgetreten, so würde er sie sofort zum Schuhmacher bringen und der Schaden wäre behoben. Die Stiefel würden wieder lange aushalten, so aber läuft der Soldat damit solange, bis die Sohle durch und der Absatz weg ist. Ein paar Sohlen kommen auf 30 M. und sind in kürzester Zeit durchgetreten, Benageln kommt auf 1 M. Dadurch würde man bei jedem Paar Stiefel im Jahre mindestens zwei paar Sohlen sparen, und so ist es mit allem.

Außerdem wird noch ein anderer Schwindel getrieben, und zwar dadurch, daß manche Truppenteile wohl einen Zivilschneider verrechnen, in Wirklichkeit aber statt des Schneiders eine Putzfrau beschäftigen, welche dem Herrn Zahlmeister das Bureau reinigt; verrechnet wird es natürlich auf den Bekleidungsfonds. Es ist höchste Zeit, daß mit diesem Unfug endlich aufgeräumt wird und die Kompagnien die Handwerker erhalten, die ihnen zustehen, und daß die Handwerksmeister verschwinden und die Handwerker vom Kammerunteroffizier und Kompagnieführer kontrolliert werden, wie es auch früher war.

Es können dadurch dem Staate jährlich mehrere hunderttausende Mark erspart bleiben und für bessere Zwecke verwendet werden.

Die oberschlesische Abstimmung

HR. London, 1. Dezember.

Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" schreibt über die Unterhandlungen zwischen englischen und französischen Staatsmännern über die Abstimmungsfrage in Oberschlesien: Man sollte die Abstimmung nicht stattfinden lassen, ohne die interalliierte Truppenmacht unter Le Rond genügend zu verstärken. Man begreift die Gefahr, die leicht durch das plötzliche Einströmen von 300 000 auswärts lebenden Stimmberechtigten entstehen könnte. Die Bestätigung der Berechtigungsnachweise jedes Einzelnen würde sonst unmöglich sein, ebenso wäre es unmöglich, Einschüchterungsversuche bewaffneter Banden zu verhindern, die im geheimen außerhalb der Provinz organisiert werden. Man beschloß daher am Sonnabend, daß die Abstimmung der in Oberschlesien wohnhaften und der von auswärts Kommenden getrennt erfolgen sollte, und weiter, daß die Wahl selbst so abgestuft werden sollte, daß es möglich würde, immer eine genügend starke interalliierte Truppenmacht zur Hand zu haben, in welchem Distrikt und an welchem Tage auch abgestimmt werde. Der Nachweis jedes von auswärts kommenden Stimmberechtigten kann so angemessen geprüft werden. Stimmberechtigte, die jetzt im besetzten deutschen Gebiete wohnen, dürfen ihre Stimme dort abgeben.

Internationale Eisenbahnerkonferenz

Amsterdam, 1. Dezember.

Auf dem internationalen Eisenbahnerkongreß in London schlug, wie Reuter meldet, Thomas vor, daß die Organisation jedes Landes einen Bericht über die bestehenden Arbeitsbedingungen aufstelle. Diese Berichte sollen dann auf dem nächsten Kongreß besprochen werden. Der Kongreß beschloß, ein Telegramm an die belgische Regierung und den Justizminister Vandervelde zu senden, in dem wegen der Verfolgung der Eisenbahner, die sich geweigert hatten, Munitionssendungen für Polen zu befördern, Einspruch erhoben wird.

Ausschluß der USP. aus den Landtagsausschüssen

Durch die Parteispaltung ist die Landtagsfraktion unserer Partei in zwei ungleiche Hälften zerrissen worden. Unsere Partei besteht aus 14 Mitgliedern, während die Neukommunisten 10 zählen. Da zu einer Fraktion 15 Mitglieder gehören, hat keine Richtung mehr die Rechte einer Fraktion. Dieser Umstand hat auf Antrag der Vertreter der Deutschen Volkspartei zu einer Neuverteilung der Sitze für die einzelnen Ausschüsse geführt. Diese Neuteilung ist jetzt erfolgt. Alle Sitze, die wir mit den Neukommunisten in den Ausschüssen hatten, sind uns dadurch entzogen worden. Da der Landtag dem Ende entgegengeht, dürfte der Schaden nicht erheblich sein.

Für die Aermsten der Armen

Die Abgeordneten Agnes und Sauerbrey haben im Auftrage unserer Fraktion im Reichstage eine Anfrage gestellt, was sie zu tun gedenke, um den Friedensrentenempfängern durch höhere Bezüge ein menschenwürdiges Los zu bereiten. In der Anfrage werden einige Fälle angeführt, nach denen Friedensrentenempfänger, die vor 1914 militärdienstbeschädigt wurden, bei völliger Erwerbsfähigkeit eine Rente von insgesamt 169,30 M. inkl. Teuerungszulage erhalten, in einem andern Falle beträgt die Rente bei 75 Prozent Erwerbsbeschränkung 123,85 M.

Die Anfrage gewährt einen Einblick in das geradezu furchtbare Elend der Friedensrentenempfänger.

Unwahre Behauptungen

Die „Rote Fahne" schreibt in der heutigen Nummer über die Abfindung der Hohenzollern: **„Trotzdem sind die Mehrheitssozialisten und auch die Unabhängigen mit einer fetten Summe für Wilhelm einverstanden. Es soll nur nicht zuviel werden."**

Da ist wieder einmal Wort für Wort unwahr. Unsere Genossen haben im Landtag beantragt, über die Gewährung einer Unterhaltsrente an unterhaltsbedürftige Mitglieder des Hauses Hohenzollern nach Maßgabe der allgemeinen Gesetze zu entscheiden. Der Sprecher der Fraktion, Genosse Ludwig, führte dazu aus: „Von einem Herrn wurde gesagt, man dürfe keine Ausnahmegesetze für die Hohenzollern machen. Wir sind ganz der Auffassung und haben deshalb den Abänderungsantrag gestellt, die Hohenzollern genau so wie die übrigen Staatsangehörigen zu behandeln, wenn sie in Not geraten und die Not nachgewiesen ist. Kein Ausnahmegesetz, auch nicht für die Hohenzollern, die für sich ständig Ausnahmegesetze benutzt haben, denn beim Steuerzahlen waren sie nie dabei. Sie benutzten auch für sich Portofreiheit. Also haben sie am wenigsten Ursache, von Ausnahmegesetzen zu reden, die gegen eine Familie gemacht werden sollen. Wir werden also dafür stimmen, daß der zweite Absatz des vorliegenden Antrages Hauschild durch unseren Antrag ersetzt wird. **Wir können unmöglich für den gesamten Antrag Hauschild stimmen, dem Hause Hohenzollern eine Rente zuzusichern,** zumal erst ein künftiges Gesetz über die Höhe der Rente entscheiden soll. Wir werden also gegen den Antrag Hauschild stimmen."

Man vergleiche damit die demagogische Behauptung der „Roten Fahne", um zu erfahren, wo die Wahrheit ist.

Wahlrecht der Frauen

Die Demokratische Fraktion hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der die Regierung auffordert, dem Reichstag alsbald den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch das diejenigen reichsrechtlichen Bestimmungen beseitigt werden, die der Wählbarkeit der Frauen zu Mitgliedern der Behörden der Reichsversicherung, der Ausübung richterlicher Befugnisse der Frauen auf dem Gebiete der Angestelltenversicherung, der Wählbarkeit der Frauen zu Mitgliedern der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und der berufsständischen Vertretungen sowie der Zulassung von Frauen zum Börsenbesuche entgegenstehen.

Die aufgelöste Sinekure

Die reaktionäre Presse tobt wegen der Auflösung des Landesökonomiekollegiums — einer völlig überflüssigen Einrichtung — durch das preußische Ministerium. Wie unrichtig die Behauptung ist, daß diese Körperschaft, die nie eine etatrechtliche Stellung eingenommen hat, eine Vertretung der gesamten preußischen Landwirtschaft ist, beweist ihre Zusammensetzung: Vertreter des bäuerlichen Besitzes gehörten ihm überhaupt nicht an.

Nach der letzten Mitgliederliste befanden sich unter den 21 Mitgliedern nicht weniger als 14 Rittergutsbesitzer, darunter wieder 10 adelige, mehrere Kammerherren usw. 12 von den 21 sind Vorsitzende von Landwirtschaftskammern, und die wenigen übrigen bezeichnen sich als Hofbesitzer, deren Besitz ungefähr dieselbe Größe hat, wie die eines Rittergutes. Die drei Millionen bäuerlicher Besitztümer sind also in diesem Klub gar nicht vertreten. Das Geschrei der Agrarier ist deshalb nur der Ausdruck der Wut über die Auflösung ihrer Sinekure.

Mehlnot in Oesterreich

Die österreichische Regierung hat sich an Deutschland mit dem Ersuchen gewandt, eine Mehlaushilfe von ca. 600 Waggons bewilligen zu wollen. Die Regierung hat sich zu diesem Schritte veranlaßt gesehen, weil die bereits fälligen und auch schon bezahlten Transporte amerikanischen Weizens noch nicht eingetroffen sind. Es handelt sich um einen Mehlvorschuß, den die österreichische Regierung an Deutschland sofort nach Eintreffen der Getreidetransporte aus niederländischen Häfen in natura zurückerstatten wird. Das Ernährungsministerium hat inzwischen 140 Waggons Mehl beschlagnahmt, die als Wintervorrat für die Wiener öffentliche Ausspeisung bestimmt waren. Nunmehr droht diese mit der Einstellung der öffentlichen Ausspeisung, falls diese Beschlagnahme nicht aufgehoben wird. An der Ausspeisung haben im vorigen Winter 60 000 Personen in 23 Küchen teilgenommen. In den letzten Tagen sind in Wien viele Personen wegen Genuß schlechten Brotes erkrankt.

Nichtzulassung Deutschlands zum Völkerbund. Der neue belgische Minister des Aeußern teilte auf Anfrage in der Kammer mit, daß die belgischen Delegierten in Genf die Weisung erhalten haben, gegen die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde zu stimmen, solange Deutschland seine Verpflichtungen gegen die Alliierten noch nicht erfüllt habe. Die Türkei und Bulgarien dagegen seien nicht unmittelbar im Kriege mit Belgien gewesen, und dem werde Rechnung getragen werden.

Maßregelung kommunistischer Lehrer in Ungarn. Wegen seinerzeitiger kommunistischer Umtriebe wurden 96 hauptstädtische Lehrer ihrer Stellen für verlustig erklärt und 139 Lehrer zu Disziplinarstrafen verurteilt.

Die Kriegskosten Amerikas. Nach einer Meldung aus Washington berechnete der Staatssekretär des Krieges, Baker, die Kriegsausgaben Amerikas auf 15 784 000 000 Dollars.

Groß-Berlin

Unser Vaterland

Man spricht vom Vaterland, auch wir sprechen vom Vaterland, aber das unsrige ist ein anderes, nicht eine gepanzerte Faust nach außen, zum Schutze der Kassenschränke im Innern. Unser Vaterland hat keine anderen Grenzen als der Horizont, als die Natur und der menschliche Geist. Unser Vaterland ist viel zu groß, als daß es die anderen verstehen könnten. Wir wissen, daß die Nationen von heute nichts sind als Trümmerstücke der Menschheit. Sie sind nur Erdflächen unter dem gewaltigen Himmel, deren Randlinien die Zeichen des Streites und der Zerrissenheit der Jahrhunderte tragen. Diese Staaten können nur bestehen durch militärische Macht und geheime Diplomatie, unehrliche Konkurrenz, Haß und Lüge. Sie sind eine tragisch-lächerliche Mißgeburt, eine künstliche Zusammenfassung von Herren und Sklaven. Die „nationalen" Herren, sie wissen sich zu verständigen über die Länder hinweg und ihren Nutzen auf Kosten der Unterdrückten herauszuschlagen. Gerade diese bestialische Einrichtung verwerfen wir. Wir sagen, daß die egoistischen Interessen der Herren genau so überall die gleichen sind, wie die gemeinsamen Interessen des Proletariats. Alle Völker haben den natürlichen Drang zur Vereinigung. Nur in einem großen, die ganze Welt umspannenden „Vaterland" gibt es ein wirklich freies Spiel der Kräfte und damit die Harmonie, die den Frieden ermöglicht. Die Idee der „Nation" war eine vorübergehende Erscheinung in der Entwicklung der Menschheit.

Man sagt uns, „arbeitet, um die Zivilisation zu retten," d. h. die Reichen wieder reich zu machen, damit sie wieder imstande sind, den blutigen Krieg nach innen und außen zu führen. Wir wollen gerne arbeiten, die Arbeit ist unser Glaube, aber wir wollen auch, daß die, die nichts arbeiten, auch nichts essen sollen, daß die Parasiten der Menschheit, die von der Arbeit anderer leben, verschwinden sollen . . .

Henri Barbusse.

Stadtverordneten-Fraktion Groß-Berlin

Am Donnerstag, den 2. Dezember, abends 8 Uhr, findet im Rathaus, Zimmer 108, eine Stadtverordneten-Fraktionssitzung statt. Das Erscheinen aller Fraktionsmitglieder ist notwendig.

Achtung! Charlottenburg!

Die Botenfrauen holen von heute nachmittag die „Freiheit" von Wallstr. 94, Wohnung 9, ab. Die Zeitungskommission.

Der Kirchenaustritt wird teurer

Durch die gestrige Abstimmung über das Kirchenaustrittsgesetz ist eine bedeutende Verschlechterung des bestehenden Zustandes eingetreten. Auf Grund einer Verordnung der Volksbeauftragten hatten diejenigen, die aus der Kirche austreten, Kirchensteuern nur noch für das laufende Quartal zu zahlen. Durch das nunmehr angenommene Gesetz ist der aus der Kirche Ausscheidende verpflichtet, noch ein volles Jahr Kirchensteuern zu zahlen. Bis zur Verkündigung des Gesetzes gilt die bisherige Verordnung, darum empfiehlt es sich, daß diejenigen, die beabsichtigen aus der Kirche auszuscheiden, ihren

Austritt in den nächsten Tagen

vollziehen. Der Kirchenaustritt wird beim zuständigen Amtsgericht zu Protokoll gegeben. Besondere Bureaus sind bei fast allen Amtsgerichten dazu vorhanden. Eine Urkunde muß dabei vorgelegt werden. Eheleute müssen jeder für sich selbst den Austritt erklären, der Vater kann für seine noch nicht 14 Jahre alten Kinder die Erklärung abgeben.

Dem Verdienste seine Krone

In der preußischen Landesversammlung vertrat gestern bei der Hohenzollerndebatte der Deutschnationale Abgeordnete Dr. Kaufmann so energisch die Interessen der Hohenzollern, daß die Linke des Hauses sich entschloß, diesen Mann zu belohnen. Die „Deutsche Tageszeitung" berichtet hierüber: „Der Abgeordnete Menzel setzt seiner Geschmacklosigkeit, wohl um sich rauszupauken, die Krone auf, daß er aus rosa Papier ein großes Eisernes Kreuz ausschneidet und es mit ironischer Feierlichkeit für Herrn Kaufmann auf den Tisch des Hauses legt. Das Kreuz trägt die Inschrift: In Dankbarkeit — Wilhelm. Oben ist eine Krone, unten ein Hakenkreuz gemalt. Die Linke mußte sich ausschütten vor Lachen!" Eine Belohnung mußte Herr Kaufmann doch haben.

Im 1. Verwaltungsbezirk (Berlin-Mitte) ist am Montag, den 29. November, die Konstituierung erfolgt. Der zur Vorbereitung der Wahl des Vorstandes, der Zusammensetzung des Bezirksamtes usw. eingesetzte Ausschuß berichtete, daß während seiner Tagung infolge der paritätischen Zusammensetzung (6 Bürgerliche und 6 Sozialisten) überhaupt kein Beschluß zustande kam. Die Beschlußfassung kann demzufolge nur im Plenum erfolgen. Nach vorausgegangenen ziemlich lebhaften Auseinandersetzungen wurde zum 1. Vorsteher Paul Brendel (U.S.P.), zum Stellvertreter Kunz (D.Vp.), zum Schriftführer Christ (K.A.P.D.) und zum Stellvertreter Menzel (Demokr.) gewählt. Als besonders bemerkenswert wäre hervorzuheben, daß sich die Fraktionssplitter der Zentrumspartei, der wirtschaftlichen Vereinigung und der Demokraten unter dem Sammelnamen „Fraktion der Mitte" zu einer einheitlichen Fraktion zusammengeschlossen haben. Eine endgültige Stellungnahme über die zukünftige Zusammensetzung des Bezirksamtes wurde zunächst ausgesetzt. Die Bezirksversammlung richtet an den Magistrat das Ersuchen, über die eventl. zuzuteilenden Dezernate an sie Mitteilung ergehen zu lassen.

Lichtbildervortrag für Jugendliche in Neukölln. Im Rahmen der vom städtischen Jugendamt veranstalteten Vorträge hält Genosse Schneider am Donnerstag, den 2. Dezember, abends 7½ Uhr, in der Aula der Realschule, Boddinstr., einen mit 185 Lichtbildern ausgestatteten Vortrag „Wanderung durch den Harz". Rezitationen Ilse Stern. Karten für Schüler und Schülerinnen der Oberklassen, Jugendliche und deren Angehörige zum Preise von 50 Pf. sind im Rathaus Neukölln, Zimmer 226 und an der Abendkasse zu haben.

Ganz aus dem Häuschen geriet in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung ein Redner der bürgerlichen Fraktion über die „Freiheit", weil sie festgenagelt hat, daß die Kinderhilfswoche nichts anderes ist als ein großer Volksbetrug. Erst läßt man die Zustände so weit treiben, daß hunderttausende von Kindern immer mehr der Verelendung anheimfallen und dann ruft man zu Sammlungen für diese verelendeten Kinder auf. Als ob eine einmalige Sammlung oder Hilfe an diesem Zustand etwas ändern könnte. Die Agrarier verkaufen ihre Produkte zu immer höheren für die breiten Massen unerschwinglichen Preisen, die Milch wird den Kindern entzogen und zu Butter verarbeitet, die den Besitzenden zu hohen Schleichhandelspreisen verkauft wird. Dieser Heuchelei die Maske abzureißen, ist unsere Pflicht und wir werden uns darin durch das Geschrei der jetzt in Kinderfreundlichkeit machenden Kreise nicht stören lassen.

Ein Ehedrama fand gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I seinen Abschluß. Die Gastwirtsfrau Berta Kasse war beschuldigt, zur Beseitigung ihres Ehemannes sich Helfershelfer gedungen zu haben. Diese haben den Mann niedergeschlagen und schwer verletzt. Frau Kasse und die von ihr zur Beseitigung ihres Mannes gedungenen Helfer, der Oberstenalgast Hans König, der Schmied Fritz Granat und der Buchhändler Willi Magdeburg, standen deshalb gestern vor dem Gericht. Das Urteil lautete: gegen König auf 5 Jahre Zuchthaus, Granat 4 Jahre Gefängnis, Magdeburg 4 Jahre Zuchthaus, Frau Kasse, die als schwachsinnige, geistig minderwertige Person anzusprechen sei, 5 Jahre Zuchthaus, ferner auf Ehrverlust je 5 Jahre. Sämtlichen Angeklagten wurden einige Monate Untersuchungshaft angerechnet.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Donnerstag. Ziemlich trübe und neblig, mit Niederschlägen und mäßigen, anfangs südöstlichen, später südwestlichen Winden. Temperatur nahe bei Null.

Gewerkschaftliches

Mobilisation in der Metallindustrie

Montag fand in den früheren Arminhallen, Kommandantenstraße, eine überfüllte Versammlung der Betriebsvertretungen und Funktionäre der Afa-Verbände statt. Es wurde zunächst über die beabsichtigte weitere Ausgestaltung der Spitzenorganisation der Afa-Verbände von Flatau berichtet. Die bisherige Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände hat, um den festeren Zusammenhang und den Gemeinsamkeitsgedanken auch äußerlich zum Ausdruck zu bringen, sich umgewandelt in den „Allgemeinen freien Angestelltenbund". Sowohl die Zentrale für das Reich wie auch die Berliner Geschäftsstelle sind mit der Reorganisation beschäftigt, die von weittragender Bedeutung werden kann, vor allem durch die engere Verbindung mit den Arbeitergewerkschaften, die gesucht werden soll und erreicht werden wird. Zugleich wurde Mitteilung gemacht von der Beschaffung eines eigenen Bureau- und Versammlungshauses. Hierfür müssen die Kräfte aller auf freigewerkschaftlichem Boden stehenden Angestellten tätig werden. Trotz einiger Bedenken, die in der Versammlung laut wurden, wird wohl in absehbarer Zeit der Gedanke verwirklicht werden. Weiter beschäftigte man sich mit der durch die inzwischen erfolgte Kündigung der Lohnsätze akut gewordenen Tariffrage. Man beschloß nach längerer Diskussion mit überwältigender Mehrheit, einen einheitlichen prozentualen Zuschlag zum Grundlohn zu fordern in der Erkenntnis, daß gegenwärtig noch ein Grundlohn gelte, welcher auf die Wirtschaftslage vom September 1919 zurückgeht. Zum Schluß berichtete Liebeskind über den Neuaufbau der gemeinschaftlichen Berliner Betriebsrätezentrale der Gewerkschaftskommission und des Ortskartells. Der lebhafte Beifall, den gerade seine Worte fanden, bewies, daß alle Anwesenden davon überzeugt waren, daß nur ein völliges Zusammengehen zwischen Hand- und Kopfarbeitern den Betriebsräten ermöglicht, ihre Aufgaben, vor allem in bezug auf die Kontrolle der Produktion, zu lösen.

Streik der Darmarbeiter. Ein Teil der Arbeitgeber will den Arbeitnehmern im Darmgewerbe ihr Koalitionsrecht nehmen. Sie erkennen die Forderung derselben als Notwendigkeit an, nicht aber deren Organisation. Sie weigern sich ganz entschieden, mit der Berufsorganisation einen Tarifvertrag zu tätigen. Die Arbeitnehmer, gewitzigt durch ihre Erfahrung, lassen sich aber von den Herren nicht so gering einschätzen und haben nicht die Absicht, sich der Willkür der Arbeitgeber kampflos zu überliefern und sind am 20. November in den Streik getreten, um die Arbeitgeber zu zwingen, den Zentralverband der Fleischer als ihre Berufsorganisation anzuerkennen. Die Verantwortung tragen die Herren Arbeitgeber durch ihre ganz unverständliche Handlungsweise. — Von 15 Firmen haben 10 bis zum 30. November abends den eingereichten Tarifvertrag unterschrieben. Brüsk ablehnend verhalten sich die Firmen: A. Jakubowski, Lehrter Str. 40; W. Jantzen, Greifswalder Str. 224; Gengelbach, Wilhelmsberg; Firma Jakob, Schönhauser Allee 62; Levi, Landsberger Str. 111; Fischer, Lindower Straße 16/17; C. L. Schulz, Memeler Str. 34; C. Röder, Alt-Moabit... Str. 16. — Wir bitten, die im Streik Stehenden zu unterstützen und diese Betriebe zu meiden. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten. Die Streikleitung.

Aus den Organisationen

4. Distrikt. Freitag, abends 7 Uhr, engere Vorstandssitzung bei Lier, Naunynstraße 3.

6. Distrikt. Arbeitslose Genossen, welche nach Beschluß der Mitgliederversammlung Anspruch auf Gratislieferung der „Freiheit" haben, müssen sich sofort mit ausreichender Legitimation bei Krüger, Wassertorstr. 41, melden.

7. Distrikt. Zur Beerdigung des Genossen Vogel. Der Zug fährt nicht 1½ Uhr, sondern mittags 1.10 Uhr vom Wriezener Bahnsteig ab.

8. Distrikt. 7. Abteilung. Donnerstag, 2. Dezember, abends 7 Uhr, im Turnsaal der 218. Gemeindeschule, Petersburger Platz 3, Frauenversammlung. Bericht der Stadtverordneten Gen. Anna Fahrenwald über: „Die Frau und die Volks..."

9. Distrikt. Sitzung der kommunalen Kommission Donnerstag, 7 Uhr, bei Flankert, Winsstr. 60, Ecke Raabestraße.

9. Distrikt. 6. Abteilung. Freitag, 3. Dezember, abends 7 Uhr, Funktionärsitzung bei Lien.

10. Distrikt. 4. Abteilung. Die Abteilungssitzung findet Freitag bei Habe, Wörther Str. 13, statt.

13. Distrikt. 2. Abteilung. Freitag, abends 7 Uhr, bei Morck, Kopenhagener Straße 6, Sitzung der Abteilungsfunktionäre.

17. Distrikt. Bildungskommission. Mittwoch, 1. Dezember, Köllnisches Gymnasium, Donnerstag, 2. Dezember, Schillerlyzeum Parkstraße, abends 7 Uhr, im Naturlehrerzimmer wichtige Besprechung. Mitgliedsbücher bei beiden Sitzungen als Legitimation mitbringen.

18. Distrikt. Kommunalkommission. Die Sitzung am Freitag, den 3. Dezember, findet nicht statt. Nächste Sitzung wird noch bekannt gegeben.

Lichtenberg. 1. Viertel. Am Freitag, 3. Dezember, 7 Uhr, Funktionärkonferenz bei Mahnke, Gärtnerstr. 1.

Vereinskalender

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Am Donnerstag, den 2. Dezember 1920, Mitgliederversammlung Norden 4: abends 7 Uhr, im Restaurant Zum Hubertus, Bornholmer Str. 8. Wilmersdorf: abends 7½ Uhr, im Augustohof, Augustastr. Charlottenburg 1: abends 7½ Uhr, im Restaurant Geldat, Kaiserin-Augusta-Allee 63. Charlottenburg 2: abends 7½ Uhr, in der Aula der 13. und 14. Gemeindeschule, Pestalozzistr. 40. Charlottenburg 3: abends 7½ Uhr, im Deutschen Haus, Windscheidstraße. Friedenau: abends 7½ Uhr, im Hohenzollern, Handjerystraße. Osten 2: abends 7½ Uhr, im Logenkasino, Knorrpromenade. Steglitz: abends 7 Uhr, im Restaurant Althoff, Althoff- Ecke Körnerstraße.

Deutscher Werkmeister-Verband. Fachgruppe Metallindustrie, Bezirksverein Berlin 8. Sonnabend, 4. Dezember, pünktlich 7 Uhr, Generalversammlung. 1. Vorstandswahl. 2. Vortrag des Kollegen Pohl vom Parität-Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, über Stellenlosenfragen und Arbeitsversicherung. 3. Verbandsangelegenheiten. Vollzähliges Erscheinen Bedingung.

Republikanischer Führer-Bund, Bezirk 24, Neukölln-Britz. Freitag, 3. Dezember, abends 7 Uhr, im Restaurant Proegel, Neukölln, Roseggerstr. 17, Volksversammlung. Gäste willkommen.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Kometiner, Karlshorst. Verlagsgenossenschaft „Freiheit" e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Besuchen Sie unsere Weihnachts-Bücher-Ausstellung

Breite Straße 8/9 — Berlin C 2 — Geöffnet von 4 bis 7 Uhr

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier
Ortsgruppe Neukölln
Geschäftsstelle: Rathaus Zr. 481
Geschäftszeit: 5 bis 6 Uhr

Allen Abstimmungsberechtigten stehen Zeitungen zur Verfügung, welche über Fahrt, Abstimmung usw. Auskunft geben. Legitimation zur Empfangnahme ist erforderlich.

Quecksilber kauft zu höchsten Tagespreisen
Albert Schlegelmilch
Thermometer- u. Glasinstrumentenfabrik
Berlin N 37, Choriner Str. 30

Tatsache!
ist es, daß Optikermeister
Max Trusch • Dresdener Str. 131 (Kottbuser Tor)
die Gebrechen der Augen gewissenhaft und vollständig kostenlos prüft
Große Auswahl in Lorgnetten • Feldstechern • Operngläser von 47.50 M. an
Doublékneifer von 15 M. an
Nickelbrillen von 6.50 M. an

Botenfrauen
für Scheunenviertel sofort gesucht
Spedition Werner, Greifswalder Str. 29

Nur solange Vorrat reicht liefern wir

Klassiker

Chamisso-Werke	1	Band	15.—	Mark
Freiligrath-	"	3 Bände	50.—	"
Goethe-	"	4 "	60.—	"
Goethe-	"	6 "	138.—	"
Heine-	"	12 "	132.—	"
Heine-	"	4 "	68.—	"
Ibsen-	"	2 "	22.—	"
Lenau-	"	1 Band	15.—	"
Lessing-	"	2 Bände	30.—	"
Reuter-	"	4 "	60.—	"
Schiller-	"	4 "	60.—	"
Shakespeare-	"	4 "	60.—	"

Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2, Breite Straße 8—9
Auch in allen Filialen der „Freiheit" erhältlich
Versand auch nach auswärts!

Schnellstahl (rund und quadr.) Schmirgelleinen
Spiralbohrer bis 220%
jeden Posten kauft Poyer, Culmstr. 10. Tel. Lützow 6802.

Botenfrauen
stellt ein
Spedition Pankow
Mühlenstr. 20, Eing. Florastr.

Schattenbilder am Rhein

Die genialste Erzählung der Gegenwart

In dieser Erzählung wird bewiesen, welcher Taten im Jahre 1918 ein Mensch, von Ekel und Grauen gepeitscht, fähig sein konnte.

133 Seiten / Lexikon-Format / Auf Kupferdruck-Papier mit Buchschmuck / Elegant gebunden 18 Mark.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Str. 8-9
Auch durch alle Filialexpeditionen / Versand nach auswärts

Kleine Anzeigen

Annahme in allen Speditionen des Verlages — Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Herrenulster, Herrenpaletots, Herrenanzüge, Friedensstoffe. Hälfte herabgesetzt. (Keine Lombardware.) Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4 Ecke Rosenthaler Straße.

Kreuzfüchse, 250,— Waschbärfüchse, Zobelfüchse und alle anderen Pelzarten, jetzt zur Hälfte herabgesetzt. — Posten Pelzkragen, Muffen 65,—, Taschenuhren, Schmucksachen, passende Weihnachtsgeschenke. Bekannt billige Preise. (Keine Lombardware.) Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthaler Straße nur 1 Treppe.

Gardinen-Gelegenheitskäufe. Billiger als im Laden! Ab Montag, den 29. November beginnt im Gardinenhaus Zimat, Köpenicker Straße 101, II. Etage, der große Weihnachtsverkauf. Wir offerieren: Gardinen einfachbreit Meter 7.50, 10.50, 15.00 bis 20.00 Mark; Doppelbreite 14.50, 18.50, 24.50 bis 35.00. Dreiteilige Tüllgardinen 78.00, 100.00 bis 150.00. Künstlergardinen in vornehmster Ausstattung 148.00, 178.00, 200.00, 250.00 bis 350.00. Bettdecken, zweibettig Tüll 100.00, Erbstüll 175.00 aufwärts. Hochelegante Stores, Leinengardinen, Madrasgardinen, zu Engrospreisen. Jeder Käufer erhält als Weihnachtsgeschenk einen Extrarabatt von 5 Prozent. Verbindung: Stadtbahn Jannowitzbrücke, Untergrundbahn Inselbrücke, Straßenbahn Brückenstraße, Neanderstraße Ecke Köpenicker Straße.

Fels & Co., Potsdamer Str. 56 I, Beleuchtung, Kronen, Gas, elektrisch billig. Kein Laden. Zahlungserleichterung.

Pelzgarnituren! Waschbärfüchse 110, Rotfüchse 125, Zobelfüchse 150 Mark, elegante Kreuzfüchse, Silberfüchse, sowie alle anderen Pelzarten, alles neue, keine Versatzware, zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Leihhaus! Warschauer Straße 7.

Tapeten, Wachstuche, Dauerwäsche verkauft Spittel, Kolonnenstraße 9.

Räderweiblich. Leiterwagen, Rollenwagen und alle Sorten Ersatzräder. Kinderwagen, Puppenwagen. Weidlich, Brunnenstr. 36 (Humboldt 874).

Spottbilliger Weihnachtsverkauf! Angelnene Damenpelzwaren, Herrenpelzwaren, Kinderpelzwaren, Damenpelzkragen, Damenpelzmuffen von 38,—, Alaskafüchse von 85,—, Kreuzfüchse von 135,—, Zobelfüchse, Silberfüchse, Seidenkreuzfüchse, Blaufüchse, Skunkskragen, Skunksmuffen, Australopossum, Kindergarnitur 38,—, Backfischgarnitur 68.00, Herrensportpelz von 750.00, Herrengehpelz von 1800.00, Reisepelze, Wagenpelze, Herrenkragen von 75.00, Herrenulster 350.00, Herrenraglan 450.00, Damenulster 350.00, Herrenanzüge, Herrenhosen, Damentuchstoffe, Herrentuchstoffe, vieles andere. Wegner, Potsdamer Str. Nr. 43.

Ulster, Schlüpfer, Paletots, Anzüge, Cutaways, gestreifte Hosen aus reinwollenen Stoffen, prima Maßarbeit verkauft zu enorm billigen Preisen Leihhaus Prinzenstraße 105.

Gardinenverkauf zu staunend billigen Preisen. Langstores, Halbstores, Schal, Künstler-, Madras-Gardinen, Tüllbettdecken, Diwandecken, sowie Gardinenstoffe in vielen Breiten und Qualitäten. Magazinstr. 1. Nahe Alexanderplatz.

Pelzwaren, jetzt ganz bedeutend billiger, nur Gelegenheitskäufe, Kreuzfüchse, Zobelfüchse jetzt 78, Posten Pelzkragen, Pelzmuffen, jetzt 88, Herren-Pelzkragen, jetzt 65, Riesenauswahl in allen anderen Pelzwaren, jetzt fabelhaft billig, Damenpelzmäntel, Pelzbesätze, Pelzhüte, Reparaturen, Umarbeitungen allerschnellstens. Spezial-Pelzwarenhaus Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 113/114. Hochparterre. Sonntags geöffnet von 9—7 Uhr.

500 moderne Herren-ulster einzeln an Privatleute zu spottbilligen Preisen abzugeben (keine Lombardware) Central-Leihhaus, Jägerstr. 71, Ecke Kanonierstraße.

Gardinenverkauf Deutsch, Landsberger Straße 13.

Bettwäsche, enorm billiger Privatverkauf, Engrospreise Berliner Bettwäschefabrik Putbusserstr. 2 Ecke Wilhelmstraße. Geöffnet bis 7 Uhr.

Möbel

Schlafzimmer, Eiche, auch innen, Ankleideschrank 1,80, Waschkommode 1,10, mit echt Marmor, Stoffauflagen-Stühle, komplett 6450,—, Ruhebett 290, Sofa 800. Viele Gelegenheitskäufe. Hasemanns Möbelspeicher, Lothringer Straße 25.

Möbel, kolossal billig, gr. Auswahl, Besichtigung lohnend. Kein Kaufzwang. — Möbel-Kamerling, Kastanien-Allee 56 (am Weinbergsweg).

Chaiselongues 150,— bis 600,—, Metallbetten 250,— bis 2000,—, weiße Schlafzimmer Weicke, Augustbr. 32a, Quergb.

Möbel, gebrauchte und neu. Stube und Küche, gut erhalten, 1800,—. Rehfeld, Badstraße 34. Hausnummer achten.

Chaiselongues 200,—, Patentmatratzen 100,—, Auflegematratzen 95,—. Walter, Stargarder Straße 19.

Kaufgesuche

Kokoski, Goldschmied, kauft zu günstigen Preisen: Platin, Gold, Silberbruch, unmodernen Schmuck, Zahngebisse, Brennstifte. Eigene Verwertung. Goldwaren-Fabrik Brunnenstraße 168.

Schellack
Leim, Terpentin kauft höchstzahlend Pautrat, Grüner Weg 90.

Glühlampen, Spulendrähte kauft laufend Stork, Brückenstraße 13. Tel. Moritzplatz 117.

Firnis, Schellack, Leim, Bleiweiß, Terpentin kft. Handl. chem. Produkte, Landsberger Allee 139 (Fernspr. Alex. 2903).

Fahrradankauf, Kraus, Gr. Frankfurter Str. 63.

Werkzeuge u. Maschinen

Spiralbohrer 200%, Schmirgelleinen kauft Berger, Gipsauer Str. 56 (Alexanderplatz).

Alte Boschkerzen bei... zu kaufen gesucht Schönhauser Allee 163 (Fahrradladen).

220% kaufische Werkzeugbohrer kauft Belle-Alliance-Straße 98 I.

Spiralbohrer kauft jeden Posten Lange Str. 13, Eingang Krautstr., Laden.

Spulendrähte, Dynamodrähte kauft Schumann, ...straße 78, v. II, Schlesischer Bahnhof.

Spiralbohrer aus Schnell-Werkzeugstahl kauft ... Paul Schmidt, Naunynstr. ... Moritzplatz 9601.

Spiralbohrer 200%, Schmirgelleinen kauft Thiel, Urbanstr. ...

Spiralbohrer 55, ... gegen Kasse kauft Schl... Wilhelmshavener Straße ...

Verschiedenes

Dauerwäsche repariert ... Reichenberger Straße 7.

Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe. Gutgebunden, 302 Seiten stark, nur 3.— Mark, Porto extra. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freiheit, Breite Straße 8-9.

Wanderfreunde finden die schönsten Fahrten und Wanderungen in dem Buch von Paul John „Ueber Geest und Heide". Geschmackvoll gebunden 8.— Mark. Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Tiermarkt

Hundeverkauf ... Hundefutterwerk ...

Spezialität: ohne Gaumenplatte

Zahn-Praxis Endter Nflg.
Alvenslebenstraße 21, Hochbahnhof Bülowstraße
Nur 2 feste Preise
Zähne 5 M. und 7,50 M.
Schöne natürliche Farben und Formen mit echtem Kautschuk und schriftlicher Garantie.
Goldkronen • Brücken • Stiftzähne
Gaumenloser Zahnersatz
Mundhöhlenuntersuchung gratis. Keine Bezahlung ...
Sprechstunden wochentags 9—12, 3—6 Uhr.